

Ohne Wind

Fast alle Öl-Förderstaaten haben sich finanziell übernommen. Mexiko war vorige Woche so gut wie zahlungsunfähig.

Die Manager der mexikanischen Ölgesellschaft *Petróleos Mexicanos* (Pemex) wollten sich selbst ein Denkmal setzen. Mindestens 150 Millionen Dollar mußte das Wahrzeichen kosten.

Ein neuer Verwaltungspalast im Herzen von Mexiko City, das größte moderne Bauwerk ganz Lateinamerikas, sollte, zum Stolz der Nation, vom Ölreichtum des Landes künden.

Aus dem ehrgeizigen Vorhaben wird vorerst nichts. Der Rohbau, gerade eben hochgezogen, verkommt im Smog der Hauptstadt: Die Ölgesellschaft hat kein Geld mehr für den Weiterbau.

Die Pemex-Investitionsruine wurde für die Mexikaner zum tristen Symbol. Verfliegen sind die Träume vom raschen Wohlstand mit immer reichlicher fließenden Petrodollar. Letzte Woche wurde offenbar: Mexiko, der Welt viertgrößter Ölproduzent, ist international so gut wie zahlungsunfähig.

Mexikos Staatspräsident José López Portillo verzichtete auf alle sonst in solchen Fällen üblichen blumigen Umschreibungen. Den „Konkurs abwenden“, verkündete López Portillo, könne er nur mit einem Bündel von Notstandsmaßnahmen – von der Peso-Abwertung um 30 Prozent bis zu rabiaten Devisen- und Importkontrollen.

Allzu sehr vertrauten die Mexikaner darauf, der Durst der Industriestaaten nach dem Rohstoff Öl werde unstillbar weiter wachsen und der Strom der Öleinnahmen immer mehr anschwellen. Das Gegenteil trat ein.

An Mexiko zeigt sich besonders kraß, was für viele andere Ölstaaten auch gilt: Die Regierenden gewöhnten sich viel zu schnell an Geldausgaben. Kräftig haben die Verbraucherstaaten ihren Ölbedarf gedrosselt, die Zeiten des ungebremsen Petrobooms sind dahin. Die Ölpotentaten müssen erkennen, daß sie sich übernommen haben.

Unbekümmert hatten vor allem die Mexikaner auf eine Zukunft des unbegrenzten Öl-Wohlstands gebaut. Nach dem ersten Ölschock von 1973/74, der die Preise in ungeahnte Höhen trieb, ging es ihnen beim Geldeinnehmen noch nicht schnell genug.

Weil sie im Eiltempo ihr Land über die Schwelle vom Entwicklungs- zum Industrieland führen wollten, borgten sich die Mexikaner immer höhere Milliarden-Beträge bei ausländischen Banken hinzu. Angesichts des Ölreichtums in dem mittelamerikanischen Staat avancierten Mexikos Regierung, Staatsfirmen und Privatunternehmer zu hochwillkommenen

Kunden vor allem amerikanischer Banken. Das Risiko schien den gewieften Geldmanagern in New York und anderswo gering.

Innerhalb weniger Jahre vervierfachten die Mexikaner ihre Schulden im Ausland. Heute ist Mexiko mit über 80 Milliarden gepumpter Dollar der größte Schuldner der Welt.

Mit dem Schuldenturm wuchsen die Lasten, die Mexiko für Zinsen und Rückzahlung zu tragen hat. Das ging solange gut, wie die Einnahmen aus dem Petroleum-Export zunahmen.

Doch unerwartet kam die Wende. In seinem Haushaltsplan für 1982 hatte Finanzminister Jesús Silva Herzog noch 27 Milliarden Dollar Devisenerlöse aus dem Petroexport eingerechnet. Dann mußte

letzten vier Jahren trotz weltweiter Flaute ein stattliches Wirtschaftswachstum von jährlich acht Prozent und darüber zu finanzieren. Das rasche Wachstum brachte dringend benötigte neue Arbeitsplätze – zwischen drei und vier Millionen.

Weil die Regierung nun zur Sanierung der Staatsfinanzen rigoros die Ausgaben streichen muß, gehen Hunderttausende von Arbeitsplätzen verloren. In Mexico City beispielsweise wird nicht einmal mehr eine neue U-Bahn-Strecke gebaut, die einen Vorort mit zwei Millionen Einwohnern mit dem Stadtzentrum verbinden sollte. Bis zum Jahresende, fürchten Experten, müssen eine Million Arbeiter entlassen werden, jede siebte Firma könnte pleite gehen.



Arbeiter vor Pemex-Raffinerie: Die Wende kam unerwartet

er die Zahlen immer schneller nach unten revidieren. Zuletzt hatte sich Silva Herzogs Öleinnahmenrechnung auf nur noch die Hälfte reduziert. Die Ausgaben dagegen konnte der Finanzminister nicht im gleichen Tempo kappen.

Wie schon so oft in den letzten Jahren, bei Polen etwa, bei Argentinien, der Türkei oder Zaire – den Gläubigern blieb gar keine Wahl: Hektisch zimmereten die internationalen Banker, die Chefs der Zentralbanken aus den Industriestaaten und die Geldmanager vom Internationalen Währungsfonds (IWF) an einer Multi-Milliarden-Rettungsaktion für das Pleiteland. Denn nur so ließ sich ein Zusammenbruch des ohnehin krisenanfälligen internationalen Finanzsystems mit verheerenden Folgen für die Weltwirtschaft verhindern.

Für die Mexikaner ist der Finanzkolaps verhängnisvoll genug. Ölgelder und Kredite hatten es den Entwicklungsstrategen des Landes ermöglicht, in den

Das mexikanische Desaster ist für die Regierenden in vielen der neureichen Ölstaaten drastisches Exempel dafür, wie schnell der Petrowohlstand zerrinnen kann, in welche gefährliche Abhängigkeit sie geraten sind.

Nigerias Präsident Shehu Shagari, seit 1979 an der Macht, versuchte die tiefverwurzelten Rivalitäten zwischen den verfeindeten Stämmen seines Landes mit wirtschaftlichen Wohltaten zu verkleinern. Die Regierung in der Hauptstadt Lagos versprach Milliarden für Wohnungen, Straßen, Kanalisationsanlagen, Stahl- und Konservenfabriken. Viele der ehrgeizigen Entwicklungsprojekte scheitern jetzt wohl an den leeren Kassen.

Schon heute gilt die neue Nigeria-Hauptstadt Abuja, die Shagari für 15 Milliarden Dollar in der Wildnis erstehen lassen wollte, als der größte „white elephant“ Afrikas – ein weißer Elefant, eine Investitionsruine. Wie eisern Nige-

ria sparen muß, bekamen selbst sonst hochprivilegierte Minister und Beamte zu spüren: Dienstwagen dürfen sie nur noch beschränkt benutzen, Reisen ins Ausland und sogar Telefonate über die Grenzen hinweg müssen genehmigt werden. Die Nigerianer, in den letzten Jahren zu Großkunden der Industriestaaten aufgestiegen, kaufen derzeit ein Drittel weniger als in den Boomjahren im Ausland. Nur so wendeten sie die Zahlungsfähigkeit ab.

Außer Saudi-Arabien kann sich kein Ölland mehr sorglose Einkäufe im Ausland leisten. Indonesien etwa registrierte erstmals seit fünf fetten Jahren wieder ein Minus in der Zahlungsbilanz.

Nach Schätzungen wird die zusammengefaßte Leistungsbilanz der 13 Opec-Staaten in diesem Jahr mit einem Defizit von zwei Milliarden Dollar abschließen. 1981 verbuchten sie noch 58 Milliarden Dollar Überschuß.

Selbst Ländern wie dem bevölkerungsarmen Libyen fällt es schon schwer, pünktlich seine Einfuhrrechnungen zu begleichen. Spanische Exporteure warten seit Monaten vergebens auf die Bezahlung ihrer Libyen-Rechnungen. Die Zentralbank in Madrid stoppte daher im letzten Monat alle Überweisungen nach Tripolis. Im Ostblock bat Oberst Gaddafi um Aufschub für die Bezahlung gelieferter Rüstungsgüter. Der Handel mit den Osteuropäern läuft nur noch als Tauschgeschäft.

Sogar Kuwait, nach dem Pro-Kopf-Einkommen noch immer als reichstes Land der Welt eingestuft, muß finanziell zurückstecken. Zwar brauchen die Kuwaitis an ihrem Wohlfahrtsstaat – der keine Steuern kennt, kostenlose Gesundheitsfürsorge und Bildung bietet – nicht zu rütteln. Doch die bislang hohen Subventionen für Benzin, Strom, Wasser und Post konnte sich das Scheichtum nicht mehr leisten: Die Preise wurden kräftig hochgeschraubt.

Und was einst in den Industriestaaten das Ende der Ölzeit ankündigte, wurde ausgerechnet im Petrostaat Venezuela nun zur Wirklichkeit: An Sonntagen müssen, um den aus der Staatskasse subventionierten Sprit zu sparen, die Tankstellen schließen; wechselndes Fahrverbot gibt es für Autos je nach Kennzeichen.

Daß der gerade erst erworbene Öl-Reichtum der Förderländer wieder gefährdet ist, kommt manchem politischen Strategen in den Industriestaaten durchaus nicht ungelegen. Im Fall Mexiko, das sich mit seinen Petro-Milliarden etwas unabhängiger vom nördlichen Nachbarn machen wollte, geht es gegenwärtig nicht nur um unvollendete Investitionen wie die Pemex-Ruine in Mexiko City.

„Ohne Wind in den Segeln“, analysierte bereits das Washingtoner Außenministerium in einer vertraulichen Studie, „wird Mexiko weniger waghalsig in seiner Außenpolitik sein und weniger kritisch uns gegenüber.“

RUMÄNIEN

Abgetrennte Teile

Die ungarische Minderheit in Rumänien setzt sich gegen Ceausescus rigide Nationalitäten-Politik zur Wehr – erstmals mit Unterstützung aus Budapest.

Der Angriff, in Form einer Satire, kam vom sozialistischen Nachbarn und war ganz offensichtlich von höchster Stelle gebilligt worden. Denn das Werk, verfaßt vom ungarischen Schriftsteller Zoltán Galabárdi, erschien ausgerechnet in der Budapester Parteizeitung „Népszabadság“.



Ungarische Ceausescu-Karikatur in „Népszabadság“
Der Präsident ließ Geschichte umschreiben

Unter dem Titel „Die Identität“ schildert der Autor ein fiktives Land, das auf Befehl seines Präfecten und seiner Frau seine Geschichte umschreiben muß, um so mehr internationalen Kredit zu erwerben. Nur eine Minderheit macht die Manipulation nicht mit, ihre Kinder verspotten die Heldenlegende des Präsidenten.

Damit überhaupt keine Zweifel bleiben, wer mit diesem Präsidenten gemeint sein könnte, ist die Fabel mit einer Karikatur illustriert, auf der ein Mann mit den Gesichtszügen des rumänischen Staats- und Regierungschefs Nicolae Ceausescu zu sehen ist, aus dessen Kopf imaginäre Ritter mit Schwertern und Helmen wachsen.

Die Attacke aus Ungarn, vor ein paar Monaten veröffentlicht, war die bislang heftigste Kritik an der von Ceausescu

begründeten Abstammungslehre, nach der die Rumänen direkt von einem über 2000 Jahre alten Volk, den Dakern, abstammen, die schon im Jahrhundert vor der christlichen Zeitrechnung im Gebiet zwischen Theiß und Schwarzem Meer einen blühenden, den Römern ebenbürtigen Staat aufgebaut hätten.

Dazu der deutsche Historiker Georg Stadtmüller in seiner 1976 erschienenen „Geschichte Südosteuropas“: „Da man Geschichte nicht dichten darf, ist es auch nicht möglich, dem infantilen Überschwung chauvinistischer Geschichtsausdeutung Genüge zu tun.“

Das hat rumänische Wissenschaftler nicht davon abgehalten, mit Hilfe frühgeschichtlicher Ausgrabungen, mehr als einem Dutzend Büchern und einem monumentalen Breitwandfilm die Version der Uralt-Rumänen unter einem Fürsten Burebista unter das eigene Staatsvolk zu bringen, das in Ermangelung einer heldenhaften Gegenwart nur zu begierig nach dem angeblichen Ruhm in grauer Vorzeit griff.

Was auf den ersten Blick wie eine eher komische Attitüde anmutet, hat für Ceausescu sehr wohl realpolitische Bedeutung. Wird seine Abstammungslehre anerkannt, dann hätten die Rumänen tausend Jahre länger Anspruch auf ein Gebiet, das vor der wechselvollen Gegenwartsgeschichte nach internationaler Lesart lange zu Ungarn gehörte und in dem heute, vor allem in Siebenbürgen und dem Banat, noch 300 000 Deutschstämmige und rund zwei Millionen Ungarn leben.

Die ersten Deutschen, die Siebenbürger Sachsen, hatte der ungarische König Geza II. ab 1150 als Wehrbauern gegen die drohenden Türken ins Land geholt. Die Banater Schwaben kamen ab 1763 auf den Ruf der Kaiserin Maria Theresia – das Banat gehörte zum Habsburger Reich.

Und zumindest die Ältesten der heute in Siebenbürgen und dem Banat lebenden Rumänen, Ungarn und Deutschen haben schon mehrfach ihre Staatsangehörigkeit wechseln müssen – jedesmal begleitet von Unterdrückung und Greuel durch die jeweilige Siegermacht.

Nach 1867, dem österreichisch-ungarischen Ausgleich, gehörte das Gebiet zum Königreich Ungarn, nach dem Ersten Weltkrieg schlugen es die Siegermächte im Vertrag von Trianon 1920 den Rumänen zu.

Unter dem Druck von Hitler und Mussolini mußte Rumänien nach dem Wie-